

📅 16. August 2016 👤 Ralf Julke 📁 Politik > Engagement 💬 1 Kommentar

Neue Hitschfeld-Studie zur Akzeptanz der Energiewende

Erneuerbare-Energie-Projekte müssen bürgernah sein, lokal und möglichst im Verbund mit den eigenen Stadtwerken



Noch bestimmen die alten Energiekonzerne den deutschen Strommarkt. Foto: Ralf Julke

Neue Hitschfeld-Studie zur Akzeptanz der Energiewende

Erneuerbare-Energie-Projekte müssen bürgernah sein, lokal und möglichst im Verbund mit den eigenen Stadtwerken

2013 fragte das in Leipzig heimische Hitschfeld Büro für strategische Beratung schon einmal dieselben Fragen zur Bereitschaft der Bundesbürger, sich an Erneuerbare-Energie-Projekten finanziell zu beteiligen. Am Ergebnis hat sich im Juni 2016 eigentlich nichts geändert. Aber auch das ist eine Nachricht: Politik kann die Energiewende nicht ohne die Bürger machen. Und die wissen sehr genau, was sie wollen.

Die aktuelle Studie des Büros Hitschfeld geht der Frage nach, ob sich die Bürgerinnen und Bürger (finanziell) an Erneuerbare-Energie-Projekten beteiligen würden. Die Ergebnisse seien auch vor dem Hintergrund der jüngsten Novellierung des EEG interessant, betont das Büro, das sich in regelmäßigen Umfragen immer wieder mit dem Thema Akzeptanz und Bürgerbeteiligung beschäftigt.

Und gerade bei „Akzeptanz von Technik und Technologie“ hat sich möglicherweise nicht der Wind gedreht, aber die meisten Befragten äußern sehr deutlich ihren Wunsch, nicht nur über Großprojekte und ihre Auswirkungen informiert zu werden, sondern sie fordern auch deutlich einen echten Ausgleich.

Mal abgesehen davon, dass das Vertrauen in die großen Energiekonzerne in den Keller gesunken ist. Gerade in Fragen der Energiewende, wo sie sich nur allzu oft als Bremser erwiesen haben. Auch und gerade für regionale und bürgernahe Energieprojekte. Und das haben mittlerweile die Meisten gelernt: Die zentrale Botschaft der Energiewende ist, dass Energieversorgung mit erneuerbaren Quellen regional passiert – dass also Bürger und (ihre) Stadtwerke dabei die Hauptrolle spielen müssten.

Und die Befragten würden oft genug selbst aktiv werden, wenn ihnen nur die Möglichkeiten dazu geboten werden.

Mehr als die Hälfte (53 %) der Befragten kann sich vorstellen, selbst in Erneuerbare Energien zu investieren. Insbesondere junge, gut ausgebildete Menschen signalisieren dazu eine große Bereitschaft. Rendite und Sicherheit des Investments sind dabei nicht unerheblich. Dafür wird hier sichtbar, dass bei den Bürgern längst andere Dinge eine Rolle spielen – da sind sie sichtlich weiter als die großen

Steuermänner in der aktuellen Politik: So sind ihnen die Aspekte „Dezentralität“ und „von Bürgern für Bürger“ wichtig. Da wird die Überlegung sichtbar, dass ein Investment in Erneuerbare-Energie-Projekte offenbar bei den Bürgerinnen und Bürgern mit der Vorstellung über eine Energielandschaft verbunden ist, die sehr bürgernah, dezentral und damit kleinteilig ist. Das ist ein Kerngedanke der einst unter Rot-Grün ausgelösten Energiewende, der tatsächlich die positive Zustimmung zum Umbau der Energielandschaft trägt, auch wenn aus den Marketingabteilungen der großen Energieriesen immer wieder andere Behauptungen kommen. Manchmal auch aus Ministerien, die einfach nicht aufhören können, Energiesicherheit als Konzerngeschäft zu betrachten. Im Ergebnis leiden nun seit über fünf Jahren genau jene Einheiten, die die zentralen Akteure der Energiewende sein könnten und müssten: die Stadtwerke.

Die Bundespolitik, die den Big Playern auch noch das Abwracken der längst fälligen Braunkohlekraftwerke bezahlt, indem sie die Stromkunden zur Kasse bittet, tut sich mit dem Umdenken genauso schwer wie die Wirtschaftsminister der Länder. Das Ergebnis: eine schizophrene Situation, in der die Bürger sogar für die alten Technologien noch einmal zur Kasse gebeten werden, wo längst die lokale Gezeitenwende beginnen müsste. Aber sie beginnt einfach nicht.

Die befragten Bürger äußern deutlich ihre Präferenz für Stadtwerke, Bürgerstrom- und Genossenschaftsmodelle – im Gegensatz zu Angeboten von nationalen oder internationalen Großunternehmen. 70 Prozent der Befragten äußern ebenfalls deutlich ihren Wunsch, auch Einfluss auf die finanzierten Projekte nehmen zu können. Und 82 finden, dass Bürger, die durch neue Projekte Nachteile haben (beispielsweise durch Windkraftträder vor ihrer Nase) auch einen finanziellen Ausgleich bekommen sollten – quasi als Belohnung dafür, dass sie die Energiewende konkret mit ermöglichen. Folgerichtig betont das Büro Hirschfeld, dass sich hier ein kompletter Paradigmenwechsel in Hinsicht auf die Energiewende abzeichnen könnte.

Aber die eigentlich zentralen Botschaften aus der Hirschfeld-Studie lauten: Die größte Zustimmung erhält die Aussage, dass die erzeugte Energie nicht nur vor Ort erzeugt, sondern auch verbraucht werden sollte (48 % uneingeschränkte Zustimmung/85 % „stimme zu/ stimme eher zu“). Auf der Erzeugerseite setzen die Befragten auf die Stadtwerke vor Ort (32 % uneingeschränkte Zustimmung/76 % „stimme zu/ stimme eher zu“) und nicht auf die Angebote nationaler/internationaler Großunternehmen. Gleichzeitig aber wird die Unzufriedenheit deutlich mit der Umsetzung, wie man sie derzeit auf Ebene der Stadtwerke sieht, die zwischen Baum und Borke eingeklemmt sind – die große Energiepolitik gängelt sie bis zum letzten Anschlussmeter, honoriert die Beiträge zum Umbau der Netze nicht, gewährt den alten Energiekonzernen aber immer neue Vergünstigungen, die nicht nur den Wettbewerb verzerren, sondern vor allem die Stromkunden belasten.

Nach ihrer Unzufriedenheit mit der Energiepolitik wurden die Studienteilnehmer freilich nicht befragt. Da wäre vielleicht auch ein gewaltiges Stück Unmut und Frust zutage gekommen.